



UN-Behindertenrechtskonvention auch im Sport umsetzen!

Rede von Katrin Kunert, 04. April 2014

27. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 4. April 2014

TOP 19 a): Beratung des Antrags der Fraktion BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Fünf Jahre UN-Behindertenrechtskonvention - Sofortprogramm für Barrierefreiheit und gegen Diskriminierung

TOP 19 b): Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE: Programm zur Barrierenbeseitigung auflegen

Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Werte Frau Eckenbach, ich glaube, fünf Jahre nach Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention kann man hier nun wirklich nicht von der Brechstange reden.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Corinna Rüffer [BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vor drei Wochen kam die überaus erfolgreiche deutsche Mannschaft von den Paralympics aus Sotschi zurück. Sie hat mit neun Goldmedaillen, fünf Silbermedaillen, einer Bronzemedaille und ganz vielen Topplatzierungen den zweiten Platz in der Nationenrangliste erkämpft. Das ist ein sehr tolles Ergebnis.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Uwe Schummer [CDU/CSU] und Matthias Schmidt [Berlin] [SPD])

Positiv will ich anmerken, dass es längst überfällig war, die Prämienzahlungen für die Medaillen anzugleichen. Endlich ist eine paralympische Medaille genauso viel wert wie eine olympische Medaille.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Positiv will ich auch anmerken, dass bei der Berichterstattung über die sportlichen Wettkämpfe die Leistungen und die Athletinnen und Athleten im Mittelpunkt standen und nicht die Leidensgeschichten von Behinderten. Aber all dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir auch im Bereich des Sports

weit von der Inklusion entfernt sind. Der Geist der UN-Behindertenrechtskonvention lebt vom selbstbestimmten Mitmachen der Menschen mit Behinderung; denn sie wissen am besten, was für sie eine hohe Lebensqualität in der Freizeit, beim Reisen oder beim Sport ausmacht.

(Beifall bei der LINKEN)

Für den Bereich des Sports hat die Linke in der 17. Wahlperiode einen Antrag eingebracht, der damals von allen Sachverständigen in einer Anhörung für sehr gut befunden wurde. Dieser Antrag ist leider abgelehnt worden. Das sind wir gewöhnt. Aber es ist schon schade, dass die Koalition sich nicht einmal die Mühe gemacht hat, ihn als Grundlage zu nehmen, um hier einen neuen Antrag für den Bereich des Sports vorzulegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Besonders in den Bereichen des Schulsports, des Breitensports und der Nachwuchsgewinnung stellen wir immer wieder fest, dass Kinder und Jugendliche zu schnell eine Sportbefreiung erhalten, weil man mit Behinderungen schlecht bzw. gar nicht umgehen kann. Das müssen wir ändern. Lehrer-, Übungsleiter- und Trainerausbildung müssen dem inklusiven Anspruch gerecht werden. Gemeinsames Sporttreiben in der Schule, im Verein und im Wettbewerb muss selbstverständlich für alle sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Grundlegende Voraussetzung dafür ist natürlich die Barrierefreiheit von Sportstätten. Es gibt erst eine einzige Sporthalle in Deutschland, nämlich in Hamburg, die völlig barrierefrei ist. Das ist ein Manko für die deutsche Gesellschaft. Deshalb fordern wir auch ein bundesweites Sportstättenanierungsprogramm. Neben den aktiven Sportlerinnen und Sportlern müssen wir aber auch die Zuschauerinnen und Zuschauer mit einer Behinderung im Blick haben, die den Sport konsumieren wollen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Wie geben das die Möglichkeiten der

Übertragung her? Wie gelangen sie barrierefrei ins Stadion? Dazu gibt es ein sehr positives Beispiel, nämlich einen Reiseführer der Bundesliga-Stiftung: Barrierefrei ins Stadion. Auch hier kann der Bund einmal schauen, welche sportlichen Aktivitäten und Initiativen es gibt, um diesem Ziel gerecht zu werden.

(Beifall bei der LINKEN)

An allererster Stelle steht doch aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Barrieren in den Köpfen zu beseitigen. Das ist der Ausgangspunkt. Wenn man diese Debatte verfolgt, muss man feststellen, dass die Barrierefreiheit in vielen Bereichen noch nicht gegeben ist. Inklusion in eine Gesellschaft bedeutet nämlich nicht unbedingt, alle gleich zu behandeln, sondern, sich an den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung zu orientieren. Das ist unser Anspruch. Deshalb bleiben wir an diesem Thema dran.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)